

«Jeder kennt jemanden, der ermordet wurde»

Nach dem Angriff der Hamas aus dem Gazastreifen erzählen drei vom Konflikt Betroffene, wie sie die Tage in Israel erleben.

Denise Donatsch

Die 63-jährige Myriam Levy ringt am Telefon nach Worten. Sie wirkt aufgewühlt und tieftraurig. «Ich fühle mich ohnmächtig diesem Grauen gegenüber.» Bis vor einer Woche war die bildnerische Künstlerin, deren Name ihre semitische Abstammung verrät, selbst noch in Israel. Nichts habe auf diesen Angriff hingewiesen, alles sei gewesen wie immer.

Zwei ihrer Söhne und ihr einjähriges Enkelkind leben dort; einer in Tel Aviv, der andere eine halbe Stunde von der Grossstadt entfernt. «Momentan sind die Kindergärten und die Schulen geschlossen, immer wieder gibt es Alarm.» Und wenn die Sirene ertöne, müsse man in den nächsten Bunker fliehen.

Um dieser furchtbaren Situation zu entkommen und um dem einjährigen Kind wieder mehr Ruhe und Alltag bieten zu können, habe sich der eine Sohn von Levy dazu entschieden, in die Schweiz zu reisen. Dies stellt sich als nicht ganz einfach dar. «Mein Sohn ist auf der Warteliste für einen Flug am Donnerstag.» Ob dies jedoch klappt, sei ungewiss. «Jeder und jede in Israel kennt jemanden, der ermordet worden ist», so Levy.

Für sie steht auch fest, dass der Konflikt noch mehr eskalieren werde. Die momentane Situation sei mit früheren Angriffen und Unruhen definitiv nicht zu vergleichen. Mit ihrem Mann, den die Künstlerin in ihren Zwanzigern nach einem Kibbuz-Aufenthalt kennen und lieben lernte, lebte Levy 35 Jahre lang in Israel. Aufgewachsen ist sie in Derendingen. Vor drei Jahren, als ihr Vater pflegebedürftig wurde, kehrte sie mit ihrem Gatten nach Solothurn zurück. Das Ehepaar entschied sich, in der Ambassadorstadt zu bleiben.

«Mein Mann ist stark involviert in das Geschehen und informiert sich laufend über die Ereignisse in seiner Heimat.» Sie hingegen würde sich eher zu-



Oliver Schneitter (3. v.l.) mit Studierenden der Universität Bethlehem.

Bild: zvg

rückhalten und sich auch manchmal schützen vor den schlimmen Neuigkeiten. Am Schluss des Telefonats bleibt nur noch die Stille. Denn über all diese Grausamkeiten fehlen ihr schlicht die Worte.

Er versucht, Mauern zu durchbrechen

Oliver Schneitter befindet sich momentan mit seiner israelischen Frau auf den Golanhöhen, welche an Syrien und Libanon grenzen. Ebenfalls politisch unruhiges Gebiet. Dort zeige sich die Lage jedoch einigermassen

entspannt. Grund für die Reise nach Israel war das 50-jährige Jubiläum der Universität Bethlehem im Westjordanland – Schneitter ist Geschäftsführer des Schweizer Vereins zur Förderung dieser Universität.

«Für viele junge Erwachsene ist die Universität Bethlehem eine Oase des Friedens. Hier können sie die politischen und sozialen Spannungen in ihrer Heimat ein wenig vergessen.» So heisst es auf der Homepage der Uni.

Nicht nur bei seinem Engagement für die Universität wird

ersichtlich, dass Schneitter sich für die Verbindung zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen einsetzt. Er ist ebenfalls Geschäftsführer des Vereins «Naturkultur» mit Sitz in Lommiswil. «Building Walls Breaking Walls» ist das Motto des Vereins, welcher sich zum Ziel gesetzt hat, Menschen aus Krisengebieten wie Israel, Palästina oder Nordirland zusammenzubringen. Gemeinsam bauen sie Trockenmauern auf und bestenfalls innere Mauern ab.

Schneitter selbst hat während seines Studiums drei Jahre

in Israel gelebt. Studiert hat er Religionswissenschaften sowie Judaistik. Auch er weiss aktuell nicht, wann er wieder in die Schweiz zurückkehren kann, sein Easy-Jet-Flug wurde gecancelt. «Die Schweiz hat erst ein Flugzeug nach Israel geschickt», das sei natürlich sofort voll gewesen. Sonst passiere seitens der Schweiz nichts, um die Leute zurückzuholen.

«Ich kenne die Mentalität der Menschen in Israel, ich weiss, was solche Konflikte mit ihnen machen.» Schmerz und Wut kämen auf und würden alte Narrative in voller Wucht zum Leben erwecken.

Wie es zu dieser Eskalation kommen konnte? «Ich habe den Eindruck, dass die israelische Regierung schon seit geraumer Zeit falsche Prioritäten gesetzt und den Kampf gegen die Hamas vernachlässigt hat.» Schneitter hofft nun, dass möglichst schnell humanitäre Hilfe zur Stelle sein wird.

«Araberinnen und Araber leiden genauso»

Der Solothurner Musiker Mike Stocker wirkt nervös am Telefon. Er befindet sich mit seiner Partnerin in Israel. Die letzten Tage habe sie viel Substanz gekostet. Fotos aus Israel mag Stocker keine schicken, da ihm die Situation zu nahe geht. Am Freitagmorgen seien sie angekommen und vom Flughafen aus in die drittgrösste israelische Stadt Haifa gereist. «Als am Samstagmorgen – am Shabbat, dem wöchentlichen jüdischen Ruhetag – die Angriffe losgingen, haben wir noch geschlafen.»

In Haifa seien sie einigermassen sicher gewesen. Bis vom Libanon Angriffe auf Israel gestartet wurden. Ständig seien Kampfflieger und Kampfhelikopter in der Luft gewesen. Da auch das Schweizerische Konsulat dringend dazu geraten habe, das Land schnellstmöglich zu verlassen, hätten sie sich auf den Weg Richtung Tel Aviv begeben. Von dort aus wollen die beiden am

kommenden Sonntag mit dem Flugzeug zurück in die Schweiz reisen. Bestätigt wurde der Flug bis jetzt jedoch noch nicht.

Momentan lebt das Paar beim Vater von Stockers Partnerin in Pardes Channah-Karkur, einer Stadt zwischen Haifa und Tel Aviv. Dort sei es momentan ruhig, dennoch habe jede einzelne Wohnung einen eigenen Schutzraum mit Schutzfenstern. Die Menschen in Israel seien sich Unruhen und Konflikte seit Jahrzehnten gewohnt, aber so schlimm wie jetzt sei es seit 50 Jahren nicht mehr gewesen.

Dies bezeugt auch der Vater von Stockers Partnerin. Damals wütete vom 6. bis zum 25. Oktober 1973 der Jom-Kippur-Krieg. Ägypten und Syrien griffen überraschend Israel an. «Dass eine Ausnahmesituation herrscht, sieht man auch an der Mobilmachung des Militärs und daran, dass in Israel der Kriegszustand ausgerufen wurde.»

Ebenfalls hätten seine Partnerin und er von Freunden aus dem Land schnell neue Infos zum Geschehen bekommen, teils auch Bilder, über die Stocker gar nicht erst nachdenken möchte. «Das Leben ist gerade sehr belastend.» Die meiste Zeit würden sie in der Wohnung verbringen. Gross reisen könne man momentan sowieso nicht.

Das Problem sieht Stocker bei komplett verblendeten «Hardlinern» auf beiden Seiten der Grenzen. Verständnis für die Menschen im Gazastreifen könne er nun jedoch nicht mehr aufbringen. «Die Hamas haben wahllos Menschen zerbombt.» Ausbaden müsste es wieder einmal die Bevölkerung.

Besonders unverständlich für Stocker: «In Haifa haben wir friedlich mit Araberinnen und Arabern zusammengelebt, diese Menschen leiden genauso.» Auch der Schweiz gegenüber empfindet der Drummer einen gewissen Unmut: «Ich finde es falsch, dass die Schweiz die Hamas immer noch nicht als Terrororganisation einstuft.»

Wer muss für die Behandlung herrenloser Katzen aufkommen?

Verwaltungsgericht weist Klage einer Tierklinik ab.

Urs Moser

Der Vorfall ereignete sich am 20. August 2022. Bei einer Bushaltestelle in einer Gemeinde im Solothurnischen war eine offensichtlich schwer verletzte Katze gefunden und von der Polizei in eine Tierklinik gebracht worden: Schädeltrauma, Gaumenspalten- und Kieferfraktur, so der Befund.

«Brombeeri», wie man das nicht gechippte Büsi ohne Halsband nannte, kam nach sofort eingeleiteten lebensrettenden Massnahmen und Operationen wieder auf die Beine. Eine rechtmässige Halterin oder ein Halter konnte aber nicht ausfindig gemacht werden. Wer also sollte für die Kosten der Be-

handlung von «Brombeeri» aufkommen?

Die Tierklinik war der Meinung, das Gemeinwesen habe sie für den Aufwand zum Aufpäppeln des Büsis zu entschädigen – mit über 3000 Franken war dieser doch beträchtlich. Die Gemeinde winkte aber ab, der Fall landete vor Verwaltungsgericht. Nüchtern juristisch betrachtet handelt es sich bei der Frage, wer für das Überleben von «Brombeeri» aufzukommen hat, um eine vermögensrechtliche Streitigkeit öffentlich-rechtlicher Natur zwischen Privaten und einer Gemeinde.

Keine tierschützerische Verpflichtung

Vertreten durch den St. Galler Rechtsprofessor Bruno Mascel-

lo, Mitbegründer der international tätigen Tierschutzorganisation NetAP (Network for Animal Protection), machten die Kläger geltend, die Gemeinde sei in ihrer Eigenschaft als öffentliches Fundbüro und aufgrund der Aufgabe zum korrekten Vollzug des Tierschutzrechts verpflichtet, für die Pflege einer herrenlos aufgefundenen Katze aufzukommen.

Ist sie nicht, sagt jetzt aber das Verwaltungsgericht. Wohl nenne im Kanton Solothurn das kantonale Recht auch die Gemeindebehörden als Organe des Tierschutzes. Dabei gehe es aber um Baugesuche und andere Vorhaben im Zusammenhang mit der Tierhaltung,

darüber hinaus würden den Gemeinden keine Aufgaben im Rahmen des Tierschutzes obliegen.

Insbesondere enthalte weder die eidgenössische noch die kantonale Tierschutzgesetzgebung eine Verpflichtung der Gemeinden, für Kosten der medizinischen Versorgung und Unterbringung von auf ihrem Gebiet aufgefundenen Katzen aufzukommen.

Die Argumentation, die beklagte Gemeinde müsse allein wegen ihrer Funktion als öffentliches Fundbüro für eine entsprechende Forderung aufkommen, bezeichnet das Verwaltungsgericht als «gesucht». «Brombeeri» sei der Gemeinde nie zur Aufbe-

wahrung übergeben worden, ebenso wenig habe sie der Tierklinik den Auftrag erteilt, das Büsi medizinisch zu versorgen.

Was hätte sonst mit «Brombeeri» geschehen sollen?

Die Klage wird als unbegründet abgewiesen und der Tierklinik werden zusätzlich noch Verfahrenskosten von 1000 Franken auferlegt. Was im konkreten Fall ein alternatives Vorgehen gewesen wäre, bei dem die Tierklinik nicht auf ihren Kosten sitzen bliebe, dazu äussert sich das Gericht nicht.

Hätte man «Brombeeri» einfach ihrem Schicksal überlassen sollen? Im Nachbarkanton Aargau weitete sich ein sol-

cher Fall vor Jahren zur mittleren Staatsaffäre («Büsi-Gate») aus, als die Staatsanwaltschaft eine Strafuntersuchung wegen Tierquälerei gegen zwei Polizisten eröffnete, die sich nicht weiter um eine angefahrene Katze gekümmert hatten, nachdem diese vom «Tatort» weggehumpelt war.

Die Politik drohte mit einer Kürzung des Stellenetats für die Staatsanwaltschaft, die zuständige Staatsanwältin musste in den Ausstand treten, das Verfahren gegen die Polizisten wurde schliesslich eingestellt, der in die Kritik geratenen Staatsanwältin aber auch attestiert, mit der Einleitung der Strafuntersuchung korrekt gehandelt zu haben.